

## Pressemitteilung 23/2018

Halle (Saale), den 19. Dezember 2018

### **Mittelfristprojektion des IWH: Wirtschaftsentwicklung und Öffentliche Finanzen 2018 bis 2025**

Für das Jahr 2018 ist mit einem Überschuss der öffentlichen Haushalte in Deutschland von knapp 60 Mrd. Euro zu rechnen. Allerdings werden sich mittelfristig die demographischen Bedingungen verschlechtern. Auch deshalb dürfte sich die Finanzlage des deutschen Staates nach und nach verschlechtern, auch wenn sie bis zum Jahr 2025 entspannt bleiben dürfte, sofern keine größeren konjunkturellen Rückschläge eintreten. „Selbst bei einem deutlichen Zinsanstieg oder einem Einbruch der ausländischen Nachfrage würden sich nur moderate Defizite einstellen“, so Oliver Holtemöller, Leiter der Abteilung Makroökonomik und Vizepräsident des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH). Angesichts der unter geltender Gesetzeslage zu erwartenden Reduktion des Überschusses besteht allerdings auch kein Spielraum für weitere Ausgabenerhöhungen.

In Deutschland wird die Anzahl der Erwerbspersonen mittelfristig aufgrund der Alterung der Bevölkerung sinken und damit auch das Wirtschaftswachstum niedriger ausfallen als in den vergangenen Jahren. Gleichzeitig hat die Bundesregierung eine Reihe von zusätzlichen Staatsausgaben beschlossen. Auf der Grundlage einer gesamtwirtschaftlichen Projektion mit dem IWH-Deutschlandmodell lässt sich aber zeigen, dass es bis zum Jahr 2025 kaum zu Haushaltsdefiziten kommt, auch wenn sämtliche im Koalitionsvertrag enthaltenen finanzpolitischen Maßnahmen umgesetzt werden. Selbst wenn sich die makroökonomischen Rahmenbedingungen verschlechtern, etwa wegen eines deutlichen Zinsanstiegs oder eines Einbruchs der ausländischen Nachfrage, würde der Finanzierungssaldo zwar negativ, die zu erwartenden Defizite lägen aber dennoch wohl unter 0,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt und wären in Einklang mit den europäischen Schuldenregeln. Ein Einbruch der ausländischen Nachfrage würde die Produktion zwar stärker dämpfen als ein Zinsschock, die Effekte auf den gesamtstaatlichen Finanzierungssaldo wären aber vergleichbar. Denn ein Zinsschock belastet eher die Binnennachfrage, von deren Rückgang die staatlichen Einnahmen stärker betroffen sind als von einem Rückgang der Exporte. Für die kommenden Jahre dürfte der deutsche Staatshaushalt damit recht robust sein; dabei ist aber zu beachten, dass etwa die aus dem Rentenpaket resultierenden Mehrausgaben erst nach dem Jahr 2025 deutlich zu Buche schlagen.

Sperrfrist  
19. Dezember 2018, 13:00 Uhr

Pressekontakt  
Stefanie Müller  
Tel +49 345 7753 720  
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner  
Oliver Holtemöller  
Tel +49 345 7753 800  
ohr@iwh-halle.de

Politische Ressorts  
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), Bundesministerium der Finanzen (BMF), Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), Bundesministerium des Innern (BMI), Bundeskanzleramt, Wirtschaftsministerien der Länder

Wissenschaftliche Schlagwörter  
wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland, mittelfristige Projektion, Wirtschaftswachstum, wirtschaftspolitische Simulationen, Finanzpolitik, Demographie

Leibniz-Institut für  
Wirtschaftsforschung Halle e. V.  
(IWH)  
Tel +49 345 7753 60  
Fax +49 345 7753 820

Kleine Märkerstraße 8  
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61  
D-06017 Halle (Saale)

[www.iwh-halle.de](http://www.iwh-halle.de)

**Tabelle**

Entwicklung der Einnahmen, Ausgaben und des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos bis zum Jahr 2025 – Basisszenario

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
mit Rentenpaket, Grundrente und Soli-Abbau									
Mrd. €									
Einnahmen	1 473,8	1 545,2	1 587,1	1 641,7	1 685,4	1 737,3	1 792,4	1 850,0	1 907,3
Ausgaben	1 439,8	1 485,6	1 544,9	1 604,3	1 663,0	1 717,7	1 777,0	1 837,2	1 900,7
Finanzierungssaldo	34,0	59,6	42,3	37,4	22,4	19,6	15,4	12,8	6,6
in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in %									
gesamtstaatliche Einnahmen	45,0	45,7	45,4	45,2	45,0	45,0	45,1	45,3	45,5
Steuern	23,4	23,7	23,5	23,5	23,2	23,2	23,3	23,3	23,4
Nettosozialbeiträge	16,7	16,9	16,9	16,9	16,9	16,9	17,0	17,0	17,1
gesamtstaatliche Ausgaben	43,9	43,9	44,2	44,2	44,4	44,5	44,8	45,0	45,4
Monetäre Sozialleistungen	15,4	15,4	15,6	15,6	15,7	15,8	15,9	16,0	16,1
geleistete Vermögenseinkommen (Zinsen)	1,0	0,9	0,9	0,8	0,8	0,7	0,8	0,8	0,8
Finanzierungssaldo	1,0	1,8	1,2	1,0	0,6	0,5	0,4	0,3	0,2
struktureller Finanzierungssaldo	1,1	1,7	1,2	0,9	0,5	0,4	0,4	0,3	0,2

Detaillierte Berechnungen zu den Alternativszenarien „Zinsanstieg“ und „Nachfrageeinbruch“ sind in der Langfassung enthalten.

**Langfassung:**

*Drygalla, A.; Heinisch, K.; Holtemöller, O.; Lindner, A.; Wieschemeyer, M.; Zeddies, G.:* Mittelfristprojektion des IWH: Wirtschaftsentwicklung und Öffentliche Finanzen 2018 bis 2025, 105-114, in: [Konjunktur aktuell, Jg. 6 \(4\), 2018. Halle \(Saale\) 2018.](#)

**Wissenschaftlicher Ansprechpartner**

Professor Dr. Oliver Holtemöller  
Tel +49 345 7753 800  
[Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de](mailto:Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de)

**Pressekontakt**

Stefanie Müller  
Tel +49 345 7753 720  
[presse@iwh-halle.de](mailto:presse@iwh-halle.de)

 Das IWH auf Twitter

 Das IWH auf Facebook

Die Aufgaben des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) sind die wirtschaftswissenschaftliche Forschung und wirtschaftspolitische Beratung auf wissenschaftlicher Basis. Das IWH betreibt evidenzbasierte Forschung durch eine enge Verknüpfung theoretischer und empirischer Methoden. Dabei stehen wirtschaftliche Aufholprozesse und die Rolle des Finanzsystems bei der (Re-)Allokation der Produktionsfaktoren sowie für die Förderung von Produktivität und Innovationen im Mittelpunkt. Das Institut ist unter anderem Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt.

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 95 selbstständige Forschungseinrichtungen. Ihre Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Raum- und Sozialwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute widmen sich gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevanten Fragen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter [www.leibniz-gemeinschaft.de](http://www.leibniz-gemeinschaft.de).